



http://goed.at/typo3temp/_processed_/csm_demo3_zugeschnitten_b2c3d8e1cd.jpg

Liebe KollegInnen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben!

Seit der Großdemonstration am Ballhausplatz am 18. Dezember 2013 sind einige Wochen vergangen und es ist still geworden, in der GÖD.

Aus 2,3% Gehaltserhöhung zur Inflationsabgeltung für 2013 ist nichts geworden.

Eine Aufhebung des Aufnahmestopps, ein Ende der prekären Dienstverhältnisse und nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Dienststellen und ausgegliederten Betrieben stehen weiterhin nicht auf der Agenda der neuen Bundesregierung.

Die Rücknahme des von SPÖ und ÖVP verordneten Sparpaketes „LehrerInnendienstrecht“ mit negativen Folgewirkungen für den gesamten öffentlichen Dienst ist nicht zu erwarten.

Eine Budgetkonsolidierung durch soziale und transparente Umverteilung von Reichtum und Spekulationsgewinnen (vermögensbezogene Steuern) wird von der ÖVP abgelehnt, der Koalitionspartner SPÖ hat's akzeptiert.

Investitionen in den öffentlichen Dienst, in Bildung, Soziales, Gesundheit und Verwaltung sind nicht zu erwarten, denn der „Budgetpfad“ rechnet mit weiteren Personal-Einsparungen, Ausgliederungen und Auslagerungen von Bund, Ländern und Gemeinden. Für ein „ausgeglicheneres“ Budget samt Hypo-Pleite sollen nicht Krisenverursacher und Krisengewinnler zahlen, sondern die Lohn- und MehrwertsteuerzahlerInnen, die prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Alten und die Jungen, deren Zukunft grad noch Wahlkampfthema war.

Eine Großdemo und 40.000 KollegInnen am Ballhausplatz waren nicht genug.



Gewerkschaftliche Offensive ist notwendig. Defensives Warten auf Vorschläge der Dienstgeberseite, parteipolitisches Taktieren und Lobbying bei ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten, abgehobenes Stellvertreten und Vernachlässigen von Information, Mitentscheidung und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder müssen überwunden werden.

Gewerkschaftliche Solidarität ist für Lohnabhängige und Arbeitslose lebensnotwendig. Die partei- und standespolitische Abgrenzung der „schwarzen“ GÖD

von wesentlichen Steuer- und Bildungsforderungen der ArbeitnehmerInnen und vom „roten“ ÖGB schadet den öffentlich Bediensteten und den KollegInnen in den ausgegliederten Betrieben. Join the Union, Change the Union!

Wir öffentlich Bedienstete sind ArbeitnehmerInnen – ArbeitnehmerInnen, die im öffentlichen Interesse für die Bevölkerung tätig sind und die aus öffentlichen Steuermitteln bezahlt werden. Wir sind überwiegend Vertragsbedienstete, Privatangestellte und ArbeiterInnen. Der fortgesetzte Pragmatisierungs- und Aufnahmestopp hat bewirkt, dass die pragmatisierten „BeamtInnen“, die nur entlassen, aber nicht gekündigt werden können, immer weniger und die befristet und prekär Beschäftigten immer mehr werden.

Nullbock auf Einkommensverluste!

UGÖD (GÖD) und KIV/UG (Gemeindebedienstete) haben Unterschriften gesammelt und waren mit den KollegInnen in den Dienststellen und auf der Straße unterwegs – für Gehälter und Löhne, die den Beschäftigten Kaufkraft sichern und Konjunkturimpulse geben – Nullbock auf Nulllohnrunden. Für die Gemeindebediensteten hat diese Aktion noch 2013 eine Nachbesserung gebracht. Für die GÖD-KollegInnen war dagegen 2013 „schon gelaufen“, Vorsitzender Neugebauer kündigte aber bei der Übergabe der Unterschriften an, dass es aber 2014 für den Öffentlichen Dienst keine „moderate“, sondern eine Kaufkraft sichernde Inflationsabgeltung geben muss. Daraus ist nichts geworden.

Am 21. 1. 2014 einigten sich die GÖD-Verhandler auf Verlängerung der Nulllohnrunde 2013 um zwei weitere Monate bis zum 1.3.2014. Das bedeutet, dass für 2014 in Summe nicht 1,88% (1,55-2,55) Gehaltserhöhung erreicht wurden, wie die GÖD in ihren Aussendungen schreibt, sondern nur 1,56%. Die Inflationsrate 2013 lag bei 2,3%. Die Regierung hat das bereits vor dem 17. Dezember angebotene Gesamtvolumen für 2014 nur unwesentlich verbessert. Die von den GÖD-Verhaltern für 2015 erreichte volle Teuerungsabgeltung +0,1% wird ebenfalls nicht ab 1.1.2015 wirksam, sondern wegen der 12-monatigen Laufzeit der 1,88% erst ab 1.3.2015.

Die UGÖD-VertreterInnen haben als einzige Fraktion in der GÖD-Bundeskonferenz am 14.1.2014 gegen diesen Abschluss argumentiert und gegen das Verhandlungsergebnis gestimmt.



Nullbock auf ein Dienstrecht mit Arbeitszeiterhöhung und All-inclusive!

Die UGÖD tritt für ein faires, Arbeitsleistung und Arbeitsplätze förderndes Dienstrecht für alle öffentlich Bediensteten ein. In den LehrerInnengewerkschaften, in der ARGE LehrerInnen und in der GÖD-Bundeskonferenz forderten und fordern wir offensives gewerkschaftliches Handeln, solidarisches Erarbeiten von gemeinsamen Forderungen, Information, Einbeziehung und Mobilisierung der KollegInnen. Abwarten und Aussitzen von Regierungsvorschlägen, Geheimverhandlungen und parteipolitisches Lobbying haben der GÖD beim LehrerInnendienstrecht eine vermeidbare Niederlage eingebracht – einen SPÖ-ÖVP-Gesetzesbeschluss im Nationalrat ohne Einigung mit der Gewerkschaft.



Foto: Roland Trabe, IFDL, Demo-Abschluss vor dem Parlament, 16.12.13, am Tag vor dem Parlamentsbeschluss

Für die neue Legislaturperiode plant die Regierung eine Ausweitung dieses LehrerInnen-Sparpakets auf den gesamten öffentlichen Dienst, nach den 120.000 LehrerInnen sollen alle Bundes- und Landesbediensteten verstärkt und nachhaltig zur Budget- und Bankensanierung beitragen. UGÖDlerInnen sehen in diesem Regierungsvorhaben eine Chance der GÖD, für ein neues Dienstrecht zu mobilisieren, das den veränderten Anforderungen an die öffentlichen Dienste und den ArbeitnehmerInneninteressen der öffentlich Bediensteten entspricht. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und neue Arbeitsplätze statt Personaleinsparung, Arbeitszeitverdichtung, Überforderung und Budgetkürzungen auf Kosten der öffentlich Bediensteten und des Sozialstaates.

Eine andere Gewerkschaftspolitik ist möglich: Join the Union, Change the Union!

Die UGÖD-VertreterInnen haben in der GÖD-Bundeskonferenz am 21.1.2014 beantragt, noch im Frühjahr 2014 zu einer GÖD-Arbeitskonferenz einzuladen, in der gemeinsame Positionen überprüft

und von allen Teilgewerkschaften getragene „Eckpunkte“ für ein arbeitnehmerInnenfreundliches neues Dienstrecht beschlossen werden.

Denn die Lehre aus der Niederlage der 5 (!) LehrerInnengewerkschaften heißt: Nicht auf Angebote des Dienstgebers warten, sondern auf Grundlage gemeinsamer Gewerkschaftsforderungen in Verhandlungen gehen und keinen Regierungsentwurf als Verhandlungsgrundlage akzeptieren, der Arbeitszeiterhöhung, All-inclusive-Elemente, Einkommensverluste und keine Mitbestimmungs- und DienstnehmerInnenrechte vorsieht.

Die UGÖD sieht in einer Offensive für ein arbeitnehmerInnen-gerechtes, demokratisches neues Bundes-Dienstrecht für den gesamten öffentlichen Dienst auch eine gewerkschaftliche Kampfmaßnahme, um das am 17.12.2013 ohne sozialpartnerschaftliche Einigung von SPÖ und ÖVP beschlossene LehrerInnendienstrecht aufzuheben. Ein neues und vor allem besseres Dienstrecht sollen alle KollegInnen im öffentlichen Dienst haben, daher fordert die UGÖD auch dem Dienstrecht entsprechende flächendeckende Kollektivverträge für alle ausgegliederten Bereiche.

Wir wollen aktiv dazu beitragen, dass die von der Bundeskonferenz einstimmig von allen Fraktionen beschlossene Resolution der GÖD (Anhang) nicht Papier bleibt. Ein vielleicht erster Erfolg: Die von uns geforderte und am 21. 1. 2014 „angesichts der Beschlusslage des GÖD-Kongresses 2011“ vom Vorsitzenden der Bundeskonferenz und der GÖD für „nicht notwendig“ erklärte Arbeitstagung wird nun doch – so Kollege Neugebauer am 6.2. im Gespräch mit Beate Neunteufel-Zechner und Reinhart Sellner – im Mai oder Juni stattfinden.

Nullbock auf immer mehr Arbeit für immer weniger Personal!

Den Aufnahmestopp gibt es seit 1997. Das Nichtnachbesetzen nach Pensionierung und die Nichtanstellung trotz erwiesenem Bedarf, Auflösen oder Zusammenlegen von Dienststellen und Nutzen von „Synergieeffekten“ durch neue Technologien haben Personalausgaben reduziert. Jede Budgetverhandlung endet – von wenigen Ausnahmen abgesehen (v.a. LehrerInnen, Exekutive) – mit weiteren Einsparungen, d.h. immer mehr Arbeit für immer weniger öffentlich Bedienstete, Auslagerung von Tätigkeiten, Personalaufwand wird zum Sachaufwand, bei dem ebenfalls gespart werden soll. Krankenstände, Burnout, unfreiwillige Teilzeitarbeit nehmen zu, qualifizierte Nachwuchskräfte bleiben PraktikantInnen, ProjektarbeiterInnen, Leiharbeitskräfte und billige Aushilfskräfte ohne Chance auf unbefristete Anstellung. Ausgliederungen als Vehikel für Deregulierung und Lohndumping, mit gut bezahlten Top-ManagerInnen, die im öffentlichen Bereich gewinnorientierte Effizienz nur beim Personalabbau vorantreiben. Trotzdem wird der öffentliche Dienst in der aktuellen Medienlandschaft als „zu teuer“ wahrgenommen, nicht nur in Österreich, auch in anderen EU-Staaten wurde und wird Personal abgebaut, werden Dienststellen in eine fragwürdige Autonomie entlassen, werden weitere Geschäftsbereiche an Privatunternehmen ausgelagert, MitarbeiterInnen-Wissen geht verloren. Mit Fünfjahresplänen werden der Personalabbau und die damit verbundene Veränderung der Qualität von öffentlichen Dienstleistungen gelenkt. Allem Anschein nach ist der sich abzeichnende Konflikt zwischen den bereits weit auseinanderliegenden Altersstufen der „Alten“ mit noch gesicherten Verträgen und der ungesicherten „Neuen“ für die derzeit Verantwortlichen im öffentlichen Dienst kein Problem: Entsolidarisierung und „Divide et impera“ (teile und herrsche) sind aber eine Herausforderung für jede Gewerkschaft!

Die UGÖD ist für die Aufhebung des Aufnahmestopps aktiv, bei Demonstrationen, mit Presseaussendungen, in der AK, im ÖGB und in den Gremien der GÖD und der Teilgewerkschaften,

in denen die wir bereits vertreten sind. Nicht das Vernichten, sondern das Schaffen von gesellschaftlich notwendigen Arbeitsplätzen ist Aufgabe von Gesetzgebung und Regierung, auch und besonders im öffentlichen Bereich, in dem die öffentliche Hand Dienstgeber ist. Die ausreichende Finanzierung der öffentlichen Dienste ist nicht durch Personal- und Budgetkürzungen, sondern nur einnahmenseitig zu sichern, über vermögensbezogene Steuern, wie sie ÖGB, AK, Steuerinitiative oder ATTAC fordern. Allein der GÖD, der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten und Ausgegliederten, fehlt diese Einsicht. Noch immer folgt die von der FCG dominierte GÖD und damit der ÖVP-Linie – noch. Im Spätherbst 2014 haben die KollegInnen die Möglichkeit, bei den Personalvertretungswahlen im Bundes- und Landesdienst neue unabhängige Kandidaturen zu versuchen und die parteiunabhängige Gewerkschafts- und Personalvertretungsarbeit zu stärken. Es ist an der Zeit, dass GewerkschafterInnen und Zivilgesellschaft unsere Parlamente belagern, bis zu einer gesellschaftlichen Wende hin zu einer gemeinwohlorientierten Politik, damit die notwendige Umverteilung gesellschaftlich geschaffenen Reichtums sichtbar und gerecht organisiert wird, damit der Sozialstaat, damit der Schutz unserer Umwelt gemeinsam durchgesetzt, damit die Gleichstellung von Frauen und Kindern konkrete Formen annimmt – ohne Anwendung von Gewalt.

Dazu kann ein öffentlicher Dienst beitragen, der im gleichmäßigen Durchschnitt die gesamte Bevölkerung spiegelt in der Zahl und im Alter seiner Beschäftigten, und der uns alle versorgt mit Dienstleistungen, die an sich unbezahlbar sind. Auch deshalb wollen die Unabhängigen GewerkschafterInnen die sofortige Aufhebung des Aufnahmestopps, die Einführung vermögensbezogener Steuern, eine leistungsgerechte Bezahlung für öffentliche Dienstleistungen, mit deren Hilfe auch eine lebenswerte, lernfreudige, lebenslustige und gesunde Arbeitswelt wieder angestrebt werden könnte für uns alle.

Eine andere Gewerkschaftspolitik ist möglich: Join the Union, Change the Union!

Wir alle brauchen mehr parteiunabhängige VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen-Interessen im öffentlichen Dienst – UGÖD unterstützt PersonalvertreterInnen, BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen und alle, die aktiv werden wollen und kandidieren: Bei Betriebsrats-, Gewerkschafts- und Personalvertretungswahlen 2014!

Glück auf!

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner
Vorsitzende der UGÖD

17. Februar 2014



Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und Ausgegliederte

Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien, office@ugoed.org, <http://www.ugoed.at/>

beate.neunteufel-zechner@onb.ac.at – 0681 20 90 30 59

reinhart.sellner@gmx.at – 0676/34 37 521